

Königsberger Hartungische Zeitung.

Beendigung des Berliner Generalstreiks?

Schwere Opfer und Kampfschäden: 500 Tote, über 1000 Verwundete. — Leipziger Einigungsverhandlungen.

Das Kohlenwirtschaftsgezet in der Nationalversammlung. — Panzerzug-Vorkoß gegen die Bolschewisten.

Der Berliner Generalstreik abgebrochen.

Zugelang ließ sich aus dem Auf und Ab widerprüchlicher Meldungen kein klares Bild vom Verlauf der Berliner Streik- und Straßenkämpfe gewinnen. So entschlossen auch die Regierungstruppen sich um die Eindämmung der Ausschreitungen und die Wiederherstellung der Ordnung bemühten, zeitweise ergriffen sie doch, als ob die von den Unabhängigen und Spartakisten in Bewegung gesetzten aufständischen Massen in gefährlicher Weise die Lage beherrschten.

Das der Generalstreik wie der Hand in Hand damit gehende Ruffverbot durchaus nicht als ein Unternehmen der Berliner Arbeiterschaft, d. h. der großen Mehrheit der Arbeiter, anzusehen war, darüber gab es von vornherein kaum einen Zweifel. Nach und nach haben dies die Urabstimmungen in den einzelnen Betrieben aber andrücklich bestätigt.

Augenblicklich steht die Sache so, daß die Berliner Gewerkschaftskommission auf Grund der mehrfachen zweifelsfreien Willensäußerungen der Arbeiterschaft den sofortigen Abbruch des Generalstreiks beschließen und empfehlen hat. Man kann nur wünschen und hoffen, daß dieser Beschluß unverweilt zur Ausführung gebracht und die Arbeit ohne Verzug im vollen Umfange wieder aufgenommen wird.

W.B. Berlin, 8. März. In den zum erstenmal wieder erschienenen Berliner Morgenblättern kommt die Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß der Generalstreik seit gestern abend abgebrochen ist.

Das 'Tageblatt' sagt: Die Berliner Arbeiter sind von dem Generalstreik überumpelt worden. Von Anfang an bestand kein Zweifel darüber, daß ihn die Mehrheit der Arbeiter nicht wollte. Die Urabstimmungen in den Betrieben, die nachträglich vorgenommen wurden, haben das nur weiter bestätigt. Der Generalstreik hätte nur beschlossen werden, weil die mehrheitssozialistische Führung im Groß-Berliner Arbeiterrat sich hatte einschütern lassen.

Der verworrenste aller Generalstreiks.

W.B. Berlin, 8. März. Der 'Vorwärts' veröffentlicht den Beschluß, den die Berliner Gewerkschaftskommission gestern in einer partiitischen Sitzung gegen fünf Stimmen annahm, den arbeitenden Bevölkerung den sofortigen Abbruch des Berliner Ausstandes zu empfehlen.

Der 'Vorwärts' schreibt dann über den, wie er sagt, 'verworrensten aller Generalstreiks, den die Welt je erlebt hat'. Der Streikbeschlus entpuppte sich im Laufe der Tage immer mehr als eine Vergewaltigung der Arbeiterschaft. Die gestern abend von fast tausend Menschen besuchte Versammlung unserer Betriebsvertrauensleute, Bezirksobmänner und Arbeiterräte setzte hinter diese unheilvolle, wild entstandene und langsam verlaufene Generalstreikgeschichte den Schlussstein.

500 Tote, über 1000 Verwundete.

W.B. Berlin, 8. März. Der 'Vorwärts' giebt folgende Opferbilanz der Straßenkämpfe:

Das Berliner Reichshaus konnte am Freitag die zahlreichen zugeführten Leichen wegen Ueberfüllung nicht mehr aufnehmen. Auf den Rettungswachen waren von Donnerstag bis Freitag nachmittag 125 verletzte Zivilisten, darunter 25 Frauen und drei Kinder, auf den Anfallstellen 14 Tote, darunter ein Kind eingekerkert worden. Die Gesamtheit der Toten und Verwundeten geht in die Hunderte.

Der 'Total-Anzeiger' zählt die Zahl der Toten auf etwa 500 bis 600, die Zahl der Verwundeten auf weit über 1000. Die Opfer der Regierungstruppen seien sehr erheblich. Es sei hervorzuheben, daß die Aufständischen mit den in ihre Hände gefallenen Regierungssoldaten wiederholt bestialisch umgingen, indem sie sie buchstäblich in Stücke zerrissen.

Kampfschäden. — Die Warenhäuser geplündert.

Die Schäden, die durch die Kämpfe an den Häusern, Gebäuden und Läden in den betroffenen Gegenden angerichtet worden sind, übertreffen bei weitem diejenigen der früheren Kämpfe, die etwa 40 Millionen Mark betragen. Am schwersten beschädigt wurde das Polizeipräsidium. Das Warenhaus Wertheim ist stark heimgesucht.

Anarchist Pfemfert verhaftet.

W.B. Berlin, 8. März. Auf Befehl der Regierung wurde gestern Mittag, wie die Blätter berichten, der anarchistische Schriftsteller und Herausgeber der 'Action', Franz Pfemfert in seiner Wohnung verhaftet. Er stand im Verdacht, den jetztigen Kampf mit vorbereitet und organisiert zu haben. In seiner Wohnung sollen bolschewistische Propagandeschriften und belastendes Material aufgefunden sein.

Eidbüchliche Volkswehr vor das Kriegsgericht.

W.B. Berlin, 8. März. Wie der 'Totalanzeiger' aus zuverlässiger Quelle erfahren hat, werden die Angehörigen der Volksmarine-Division und der republikanischen Soldatenwehr, die mit der Waffe in der Hand von den Regierungstruppen gefangen genommen sind, vor das Kriegsgericht gestellt.

Die Matrosen in der Reichsbank entwaffnet.

W.B. Berlin, 7. März. Die Matrosen in der Reichsbank sind entwaffnet worden. Durch Eingreifen der technischen Abteilung der Garde-Kavallerie-Schützen-Division ist der Betrieb der Elektrizitätswerke sichergestellt. Verschiedene Teile der republikanischen Soldatenwehr wurden entwaffnet und diejenigen ihrer Depots, die sich gegen die Regierung gestellt haben, aufgelöst. Der Betrieb der Hochbahn und der Wasserwerke ist durch die Garde-Kavallerie-Schützen-Division gesichert.

Der Künster-Ausschuß der republikanischen Soldatenwehr ist aufgelöst. Lediglich ihr Kommandeur, Müller, der sich hinter die Regierung gestellt hat, bleibt im Amt. Die Frage ist, ob Berlin größtenteils, mit Ausnahme der östlichen Gegenden, wohl sich die Spartakisten zurückgezogen haben, in der Hand der Garde-Kavallerie-Schützen-Division und der ihr angegliederten Verbände ist. Die Regierung ist demnach völlig Herr der Lage.

Vor der Einigung in Leipzig.

W.B. Dresden, 7. März. Die Verhandlungen, die in Leipzig zwischen dem Volksbeauftragten Schwarz und der Streikleitung des A- und S-Masses geführt werden, haben bisher zu einer Einigung noch nicht geführt. Es besteht die Ansicht, daß es in den nächsten Stunden zu einer Einigung kommt. Die Ansicht der Arbeiter und Führer ist im Wachen begriffen.

Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitsgelegenheit.

Ist die Arbeitslosigkeit in der Hauptsache auch auf die Blockade zurückzuführen, so gibt es doch noch mannigfache Arbeitsgelegenheit, die bisher nicht ausgenutzt ist. Es könnte daher bei gutem Willen ein Teil der Erwerbslosen sicher Arbeit finden. Freilich ganz so günstig, wie gewisse Kreise die Lage darstellen, ist sie nicht. Wenn z. B. behauptet wird, die Landwirtschaft könne zurzeit bereits 1 300 000 Arbeitslose (nach Herrn Koch 1 000 000) nutzbringend beschäftigen, so scheint diese Zahl doch um ein Mehrfaches zu hoch gegriffen zu sein.

Angriff genommen werden könnten, erfordern nicht eine so gewaltige Zunahme der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter, daß sie der Arbeitslosigkeit gegenüber erheblich ins Gewicht fallen. Nach einer Zusammenstellung der Kommission für wirtschaftliche Demobilisierung beträgt die Zahl der Arbeiter, die in sofort anzunehmenden Meliorationsarbeiten im Durchschnitt etwa drei bis fünf Monate hindurch beschäftigt werden können, in Preußen nur 53 261 (darunter in Ostpreußen 1800). Das ist also recht wenig und wird die allgemeine Arbeitslosigkeit nicht sehr wesentlich beeinflussen können.

Die Richtlinien des Arbeitsamtes der Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg sehen bei freier Verpflegung einen Lohn von 50 bis 60 Mark monatlich für männliche Arbeiter vor. Die Verpflegung wird mit 1000 Mark bewertet. (Allerdings sehr niedrig!) Das sind also 1720 Mark, während die Arbeitslosenunterstützung in Berlin für Männer 8 Mark täglich, also für 300 Arbeitstage rund 2400 Mark beträgt. (In Königsberg 6 Mark täglich, für 300 Arbeitstage also 1800 Mark.)

Die Richtlinien des Arbeitsamtes der Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg sehen bei freier Verpflegung einen Lohn von 50 bis 60 Mark monatlich für männliche Arbeiter vor. Die Verpflegung wird mit 1000 Mark bewertet. (Allerdings sehr niedrig!) Das sind also 1720 Mark, während die Arbeitslosenunterstützung in Berlin für Männer 8 Mark täglich, also für 300 Arbeitstage rund 2400 Mark beträgt. (In Königsberg 6 Mark täglich, für 300 Arbeitstage also 1800 Mark.)

Günstiger liegen die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt des Kohlenbergbaus. Aber auch hier darf man sich keinen übertriebenen Illusionen hingeben. Die Kohlenförderung geht nicht so sehr wegen Arbeitermangels zurück, als wegen der geringen Leistungen der Bergarbeiter, durch Streiks und Putzsch hervorgerufen. Auch verringerte Wagenstellung trug zu dem Kohlenmangel bei. Was zunächst die letztere betrifft, so ist die Wagenstellung von normal 49 000 bis 50 000 Wagen arbeitstäglich auf 30 000 im Dezember 1918 und 26 000 Wagen im Januar 1919 zurückgegangen, während sie noch im Januar 1918 durchschnittlich 39 500 Wagen betrug.

Das ist kennzeichnend für die Situation. Die Förderung ging im Ruhrrevier von durchschnittlich täglich 340 000 Tonnen im Kriege im Dezember 1918 auf 220 000 bis 240 000 Tonnen, im Januar 1919 gar auf 200 000 Tonnen zurück. In Oberschlesien betrug die Förderung normal arbeitstäglich im Kriege 140 000 Tonnen, im Dezember 1918 90 000 Tonnen, in der ersten Hälfte des Januar 80 000 Tonnen. Die Schichtleistung pro Mann verminderte sich in Oberschlesien von 1,18 Tonnen im Frieden und 0,93 im Durchschnitt des Jahres 1917 auf 0,83 Tonnen im Oktober 1918, 0,69 Tonnen im November und 0,57 Tonnen im Dezember 1918. Die Braunkohlenförderung ging im hiesigen Braunkohle- und 465 000 Tonnen Briketts im Oktober 1918 auf 1,9 Millionen Tonnen Rohbraunkohle und 259 000 Tonnen Briketts im Dezember 1918 zurück. Dabei waren nach den Angaben des Arbeitsmarktangebers in ganz Deutschland am 23. Januar 1919 nur 61 251 Stellen im gesamten Kohlenbergbau offen, während die Belegschaften im Ruhrrevier, Oberschlesien und im Braunkohlegebiet im Frieden rund 600 000 Mann betragen und im Kriege noch erheblich gestiegen waren. Mit Recht sagt der 'Vorwärts' in einem Artikel (Nr. 40/41 vom 23. Januar 1919), daß die Krise verhängnis-